

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster

Jahrgang.

Nr. 178.

Sonntag, 11. März.

1882.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inferate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

Ohne Monopol kein Ausgleich mit Rom.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ nimmt das Gute, wo sie es findet. Sie brachte gestern an ihrer Spitze die wohlwollende Betrachtung eines Warschauer Blattes, des „Kuryer Warszawski“, über des Fürsten Bismarck Tabaksmopolprojekt. Da die „Nordb. Allg. Ztg.“ kein Wort aus ihrem Eigenen hinzusetzt, so muß man wohl annehmen, daß sie die Anschauungen der polnischen Zeitung für zutreffend hält.

Daß in dem Artikel der Liberalismus als schlechtweg oppositionell gegenüber der Fürsorge des Reichskanzlers für die arbeitende Klasse dargestellt wird, ist weder neu noch interessant.

Dagegen verlohnt es sich, zwei Zugeständnisse zu registrieren, die, wenigstens sie dem Gedanken nach ebenfalls nicht neu sind, wegen des Ortes, an dem sie veröffentlicht werden, doch eine gewisse Bedeutung haben.

Das eine ist dieses, daß Fürst Bismarck den ihm persönlich unsympathischen Ausgleich mit Rom herbeiführen wolle, um das Zentrum für die Unterstützung seiner wirtschaftlichen Reformprojekte im Reichstage zu gewinnen, der Projekte, die ihm allein geeignet scheinen, die drohende Gefahr der sozialen Stürme von Deutschland abzuwenden. Zu diesen Projekten gehört an erster Stelle das Tabaksmopol, in zweiter Linie die Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter.

Der günstige Eindruck, welchen diese Reformen unzweifelhaft auf die Arbeiterbevölkerung machen müßten, soll ihm dann mit der Zeit die Unterstützung auch dieser Elemente zuführen, und da sie die Mehrheit der Wähler ausmachen, so hofft er späterhin eine Volkvertretung zu erhalten, welche ihm überhaupt ihr Vertrauen schenkt, denn — dies ist das zweite Zugeständnis — zur Durchführung seiner vielen Reformprojekte bedarf Fürst Bismarck eines Parlaments, welches ihm unbedingt gefügig sein muß. Fürst Bismarck kann seine Mission nur erfüllen, wenn das Parlament zunächst völlig auf jede Selbstständigkeit verzichtet und sich damit einverstanden erklärt, vorläufig nur ein Dekorationsstück zu sein.

Nach der von der „N. A. Ztg.“ approbierten Auffassung des „Kuryer“ wäre also Fürst Bismarck bereit, dem Zentrum die Maigesetze preiszugeben, — denn das ist eine Bedingung jedes Ausgleichs mit Rom — vorausgesetzt, daß dieses ihm durch Votierung des Monopols und der anderen Reformprojekte, durch welche die Arbeiter gewonnen werden sollen, ein unbedingt gefügiges Parlament herstellen hilft. Diese Auffassung kommt zur rechten Zeit, wo im Reich über die Einführung des Monopols und im Landtage über die kirchenpolitische Vorlage verhandelt wird. Herr Windthorst und Gen. sind also avertiert: Ohne Monopol kein „Ausgleich mit Rom“.

Dies einfache Programm leidet indessen trotz seiner gewinnenden Klarheit an zwei heftig dunkeln Punkten. Einmal daran, daß noch keineswegs feststeht, welchen Preis Rom zu fordern gedenkt, und ob Fürst Bismarck ihn bezahlen kann; sodann daran, daß das Mittel zur sicheren Beschaffung einer „unbedingt gefügigen“ Reichstagsmehrheit doch noch nicht gefunden ist. Etwaigen auf das Zentrum in dieser Richtung gesetzten Hoffnungen würden zum mindesten die bairischen Mitglieder desselben eine herbe Enttäuschung bereiten.

[Realgymnasien.] Den gesetzgebenden Körperschaften ist eine Resolution der am 24. Februar in Düsseldorf versammelt gewesenen Delegierten von Rurarien der rheinisch-westfälischen Realschulen I. Ordnung und vollberechtigten höheren Bürgerschulen zugegangen, welche sich mit der in Aussicht genommenen Aenderung des Lehrplans der oberen Klassen der Realschulen I. Ordnung einverstanden erklärt, „in der Erwartung, daß den Realschulen nunmehr auch die weiteren Berechtigungen nicht vorenthalten werden.“ Der Kultusminister v. Gölter hat sich bei der Erörterung dieser Frage in der Budgetkommission seine Entschlüsse vorbehalten; aber mit Rücksicht auf die Anerkennung, welche die Denkschrift der Regierung den Leistungen der Realschulen I. Ordnung zu Theil werden läßt, muß man annehmen, daß es nur noch Opportunitätsbedenken sind, welche die Regierung abhalten, die volle Gleichstellung der Realschulen I. Ordnung oder, wie dieselben in Zukunft heißen sollen, der Realgymnasien mit den übrigen Gymnasien zuzugestehen. In einem Vortrag, den Dr. Steinbart, Direktor der Realschule in Duisburg in der Versammlung vom 24. Februar gehalten hat, sprach derselbe die Vermuthung aus, die Regierung lasse sich von der Besorgnis beeinflussen, daß die Gymnasien die Konkurrenz nicht aushalten würden; sie möge die Verantwortung nicht dafür übernehmen, ein Institut, das sich trotz erheblicher Mängel doch in manchen Erfolgen bewährt habe, schwer zu schädigen. Für diesen Fall aber stellt Dr. Steinbart das an sich sehr befriedigende Verlangen, daß man sich damit begnüge, von den Realschulabschülern, welche sich solchen Fächern widmen wollen, deren Studium die Kenntniß des

Griechischen voraussetzt, ein Nachexamen im Griechischen und zwar an der Universität zu verlangen.

„Unsere Behörde, sagte Dr. Steinbart, wird nicht verkennen, daß gerade in der Forderung eines zweiten Examens an der Konkurrenzanstalt, vor Gymnasiallehrern, der Hauptimpuls für die Realschulagitation liegt; sie ist eine von Neuem sich wiederholende Demüthigung. Arbeit soll unseren jungen Leuten nicht erspart bleiben, und wenn sie für gewisse Studien Griechisch wissen müssen, so sollen sie es lernen. Aber ist es nicht ein für Schüler, Lehrer und Eltern betrübender Zustand, wenn treffliche Realschulabschülern von Gymnasium zu Gymnasium betteln gehen müssen, um als Hospitanten aufgenommen zu werden, wenn sie sich (wofür ich Ihnen Beispiele geben könnte) dabei noch ziemlich rückfälliger Behandlung aussetzen müssen?“

Es wird die Aufgabe des Abgeordnetenhauses sein, darauf zu dringen, daß gleichzeitig mit der Revision des Lehrplans für berechnigte Beschwerden Abhilfe geschaffen wird.

Deutschland.

+ Berlin, 9. März. Das Zentrum wird bekanntlich unabhängig von der kirchenpolitischen Regierungsvorlage zwei Anträge einbringen, deren einer die Straflosigkeit des Messelesens und Sakramentenspendens, der andere die Aufhebung des Sperrgesetzes verlangt. Beide Anträge enthalten bekannte Forderungen, insbesondere hat der erstere schon einmal im Abgeordnetenhaus zu eingehenden Verhandlungen geführt; dem zweiten wohnt eine prinzipielle Bedeutung überhaupt kaum bei. Neben der Hauptaktion geht damit eine zweite kirchenpolitische Aktion einher, und während jene nur durch das Zusammenwirken von Konservativen und Zentrum gelingen kann, werden bei dem Antrag auf Straflosigkeit des Messelesens die Mitwirkenden theilweise ganz andere sein. Es ist hier offenbar auf einen Theil der Liberalen abgesehen. Man erinnert sich, daß, als der Abgeordnete Windthorst diesen Antrag zum erstenmal stellte, ein kleiner Theil der Fortschrittspartei demselben zustimmte. Das neueste fortschrittliche kirchenpolitische Programm läßt es noch einigermaßen zweifelhaft, wie sich die Partei jetzt zu dem Antrag stellen wird. Wenn man mit der Wendung, der Staat solle sich um die rein kirchlichen Angelegenheiten nicht kümmern, sondern nur da eingreifen, wo staatliche und rechtliche Beziehungen in Frage kommen, alle Schwierigkeiten beseitigt zu haben glaubt, so muß man offenbar dem neuen Antrag Windthorst zustimmen; Messelesen und Sakramentenspenden sind gewiß innere kirchliche Angelegenheiten. Allein es wird sich gleich bei dieser ersten praktischen Probe zeigen, wohin man mit Proklamirung jenes Grundsatzes kommt. Man würde thatächlich den wesentlichsten Inhalt der pfarramtlichen Thätigkeit als eine den Staat nichts angehende Sache erklären und damit die Grundlagen der Maigesetzgebung ernstlich antasten, wie es nur immer in den Wünschen und Ansprüchen der Ultramontanen liegen kann. Man darf auf die Haltung der Parteien zu diesem Antrag gespannt sein.

Seitens des Bureaus des Abgeordnetenhauses ist nun ein Plan für dessen Geschäftsthätigkeit vorgelegt worden. Darnach würde sich das Haus am Sonntag den 1. April vertagen und am 17. April seine Arbeiten wieder aufnehmen. Bis zum 1. April incl. sollen erledigt werden die residirenden Etats in zweiter Lesung, als da sind die Etats des Handelsministeriums, der direkten und indirekten Steuern, der allgemeinen Finanzverwaltung, des Kultusministeriums, — für dessen Berathung vier Tage gerechnet werden —, der Eisenbahnverwaltung, und die dritte Lesung des Etats, mit welcher erst Ende März würde abgeschlossen werden können. Ferner sollen bis zum 1. April noch erledigt werden: in dritter Berathung die Vorlagen wegen der Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Landgüterordnung für Westfalen in zweiter und die Vorlage wegen Ankaufs der Berlin-Anhalter-Bahn in erster Lesung. Nach dieser Aufstellung wird angenommen, daß alsdann das noch vorhandene Pensum vom 17. April bis zum 18. Mai, dem Himmelfahrtstage, wird aufgearbeitet werden können. Es werden dann durchzuberathen sein die Kreisordnung für Hannover, die Kirchenvorlage, für welche die Tage des 22. bis 25. April in Aussicht genommen sind, die Vorlagen über den Landesbahnenrath, die Sekundärbahnen, die beiden Pensionsgesetze, die Hundsteuer, die Verlegung des Posthofs, und hat man auch die erste Lesung des noch zu erwartenden Verwendungsgesetzes in die Berechnung einbegriffen.

Offiziös wird heute wieder einmal betreffs der Frühjahrsession des Reichstages erklärt, es seien „Beschlüsse nach dieser Richtung bisher nicht gefaßt, und Niemand könne bis jetzt sagen, wofür die Bundesregierungen einerseits und die preussische Staatsregierung andererseits sich entscheiden werden.“

Betreffs der Verhandlungen zwischen der preussischen Regierung und der römischen Kurie schreibt die „Post“:

Die Nachricht, daß seit Annahme des Antrages Windthorst im Reichstage ein ungünstiger Umschlag in der Stimmung der Kurie eingetreten sei, ist nach neueren zuverlässigen Informationen nicht ganz richtig. Die Stimmung im Vatikan ist

allerdings seit dem Herbst wesentlich verändert, dieselbe ist jetzt nicht weniger als entgegenkommend. Der Umschlag ist inzwischen schon vor dem Reichstagsbeschlusse erfolgt, derselbe datirt vielmehr von der Anwesenheit der Grafen Praschma und Ballestrem in Rom her. Diese beiden Mitglieder des Zentrums, die charakteristischer Weise sich durch Kardinal Ledochowski bei dem Papste einführen ließen, haben versichert, das Zentrum sei aus den Reichstagswahlen als die stärkste, die durchschlagendste Partei hervorgegangen, der preussischen Regierung bliebe gar nichts anderes übrig, als nachzugeben, sofern man nur in Rom feststehe. Der Antrag Windthorst und sein Erfolg hat den Eindruck dieser Ausführungen selbstverständlich nur noch verstärkt.

Ein Theil der Konservativen hat bekanntlich f. Z. im Reichstage für den Antrag Windthorst gestimmt, und Herr von Kardorff hielt Namens der Freikonservativen bei dieser Gelegenheit eine überaus zentrumsfreundliche Rede.

Der Handelsminister hat den Aeltesten der Kaufmannschaft zu Elbing auf ein Gesuch um Zulassung der niederländischen Flagge zur Küstenfrachtfahrt in deutschen Häfen unterm 6. März folgenden Bescheid zugehen lassen:

Das Gesuch der Herren Aeltesten vom 3. v. M. um Zulassung der niederländischen Flagge zur Küstenfrachtfahrt zwischen deutschen Häfen ist mir zugegangen. Das Reichsgesetz über die Küstenfrachtfahrt vom 22. Mai und die kaiserliche Verordnung vom 29. Dezember v. J. bezwecken den Schutz und die Förderung des deutschen Schiffsbaues und Schiffsahrtbetriebes. Wenn diese Gewerbe zur Zeit noch nicht im Stande sein sollten, ihren Aufgaben überall zu genügen, so kann die Rücksicht auf die Interessen Einzelner, welche hiervon vorübergehend berührt werden, keinen Anlaß bieten, einer fremden Macht vertragsmäßig die Beteiligung an der deutschen Küstenfrachtfahrt einzuräumen und dadurch den Erfolg einer Einrichtung zu beeinträchtigen, welche von der Reichsgesetzgebung im Gesamtinteresse der Nation getroffen worden ist. In den von den Herren Aeltesten hervorgehobenen besonderen Verkehrsverhältnissen der Stadt Elbing ist ein Grund zu einer solchen Maßnahme um so weniger zu finden, als schon jetzt zahlreiche Ostfriesische und Papenburger Schiffe nach ihrer Bauart und ihrem Tiefgange sich zur Verladung von Holz und Kohlen zwischen Elbing und anderen deutschen Häfen ebenso gut wie die niederländischen Fahrzeuge eignen dürften. Schiffe, welche in der Ems aufwärts bis Papenburg gelangen können, werden auch den Verkehr mit dem Hafen von Elbing zu vermitteln im Stande sein! Der Minister für Handel und Gewerbe v. Bismarck.

Die „N. Z.“ bemerkt zu diesem Erlaß: „Das Schriftstück ist für die wirtschaftspolitische Auffassung, welche gegenwärtig innerhalb der Regierung herrscht, überaus bezeichnend. Man ist dort der Ansicht, daß die deutschen Gewerbetreibenden aller Art dringend der Belehrung darüber bedürfen, was ihnen nützlich ist, und daß die Regierung zu solcher Belehrung berufen und befähigt sei. Wenn die ostfriesischen und papenburger Aelther ihre Schiffe bisher nicht „zwischen Elbing und anderen deutschen Häfen“ Küstenfrachtfahrt treiben ließen, so werden sie, da sie jedenfalls keine Feinde einträglicher Verwerthung ihrer Schiffe sind, ihre guten Gründe dazu gehabt haben, die sämmtlich durch ein ministerielles Reskript beseitigt werden. Wenn die Ostfriesen und Papenburger sich den ministeriellen Nachweis einer neuen Erwerbsgelegenheit nicht zu Nutzen machen — was sehr wahrscheinlich ist — oder zu hohe Preise verlangen, so wird die einzige Folge der Ablehnung des Elbinger Gesuchs eine Schädigung des Elbinger Handels sein. Uebrigens hat die Verordnung vom 29. Dezember v. J. einer Anzahl fremder Staaten die deutsche Küstenfrachtfahrt gestattet; warum der holländischen Flagge nicht, darüber hat man, obgleich die Frage alsbald beantwortet wurde, nichts authentisches erfahren, und auch das obige Reskript umgeht sie durch eine Darlegung schützölonerischer Prinzipien.“

In der heutigen Sitzung des Ausschusses des Volkswirtschaftsraths wurde über die §§ 7—21, den Tabaksbau betreffend, diskutiert.

Der Referent Herr v. Nathusius beantragte eine Resolution, wonach die Regierung dem Tabaksbau gegenüber zur größten Milde aufgefordert wird. Herr Krüger sprach sein Bedauern darüber aus, daß die so sehr lustigen Bestimmungen des Gewerbesteuergesetzes, das Zählen der Blätter und das Bücheln der Stengel auch in dieses Gesetz mit herübergenommen seien. Herr Kochmann fragte den Unterstaatssekretär v. Mayr, wo denn eigentlich die 2 Millionen Zentner inländischen Tabaks blieben und was mit den anderen 2 Millionen Zentner geschehe, da doch der Entwurf vorschreibt, daß 3 aus inländischem Tabak fabrizirt werden müßten. Unterstaatssekretär v. Mayr verwies auf die in Aussicht stehende große Ausfuhr; Elsas-Lothringen hätte seine halbe Ernte an Frankreich verkauft und auch die Pfalz exportire sehr viel Zigarren nach Amerika. Herr Krüger schlägt vor, über diese wichtige Frage des Tabaksbauaus einige Sachverständige aus Süddeutschland zu hören. Von den Herren Rosmad und v. Tiele-Winkler liegen Anträge vor, die Anbaubezirke auch auf den Landkreis Danzig und den Kreis Strehlen auszuweiten. Unterstaatssekretär v. Mayr bemerkte, daß nicht streng an den in der Vorlage bezeichneten Anbaubezirken festgehalten werden soll. Er habe gegen den Danziger Landbezirk keine Bedenken, anders verhalte es sich mit Strehlen, welches mit Obbau vereinigt werden könne. Die Diskussion über die Frage dauert fort.

Im Ausschusse des Volkswirtschaftsraths haben folgende 16 Mitglieder für das Tabaksmopol gestimmt: Geheimer Kommerzienrath Baare, Kommerzienrath Delius, Graf Guido von Hendel, Ehrenfried Hessel, Rittergutsbesitzer Kiepert, Zimmerpolir Krusynski, Geheimer Kommerzienrath Mevissen, v. Nathusius, Herr vom Rath, Rittergutsbesitzer v. Nisselmand, Geheimer Kommerzienrath v. Ruffer, Wertheimster Spengler, Rit-

tergutsbesitzer v. Schend, Rittergutsbesitzer v. Ziele-Winkler, Tischlermeister Vorderbrügge, Geheimer Kommerzienrath Wolff.

— In der Dienstags-Sitzung des Volkswirtschaftsraths machte Geheimer Rath Bödiker ausführliche Mittheilungen über die Resultate der Unfallstatistik. In Nachstehendem lassen wir nach den „B. B. N.“ die genauen Daten folgen. Der Regierungskommissar wies darauf hin, daß die Erhebungen sich bezogen haben auf die vier Monate von August bis November, von denen die beiden ersten in das Sommer, die beiden letzten in das Winterhalbjahr fallen, in welchem wieder bei Licht gearbeitet werde: also vier Monate, welche den Durchschnitt der Jahresverhältnisse darstellen. Der Statistiker kam ferner zu dem Resultat, daß die nicht vergangene Verhältnisse ermittelt habe, sondern daß es sich um fortlaufende Aufzeichnungen gegenwärtiger Ereignisse gehandelt habe, um welche die einzelnen Betriebsbesitzer vorher ersucht worden seien. Die Gesamtzahl der Betriebsbesitzer und Arbeiter, auf welche die Erhebungen sich bezogen, beträgt bei 93,554 Betrieben 1,615,253 männliche und 342,295 weibliche, zusammen 1,957,549 Personen. Von diesen verstarben in Folge Unfalls 651 männliche und 11 weibliche, zusammen 662 Personen; dauernd erwerbsunfähig wurden 122 männliche, 1 weibliche, zusammen 123, theilweise erwerbsunfähig 410 männliche, 27 weibliche, zusammen 437; im Ganzen also 560 Personen; vorübergehend erwerbsunfähig wurden 27,644 männliche, 708 weibliche, zusammen 28,352. Die Summe aller Unfälle beträgt sonach 29,572. Auf's Jahr berechnet, mit 3 multipliziert, würden diese Zahlen ergeben 1986 Unfälle mit tödtlichem Ausgang, 1680 mit nachfolgender dauernder und 85,056 mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit, zusammen also 88,722 Unfälle, d. i. auf je 1000 Betriebsbesitzer und Arbeiter 45,3 Unfälle. Von der Gesamtzahl der Arbeiter z. waren 82,5 pSt. männlichen, 17,5 pSt. weiblichen Geschlechts. Unfälle erlitten 97,5 pSt. männliche und 25 pSt. weibliche Personen. Werden die leichteren Unfälle weiter unterscheiden, und zwar um nicht zu sehr ins Detail zu gehen, ohne weitere Trennung der Geschlechter, so ergeben sich: 16,139 Unfälle mit Erwerbsunfähigkeit von 1—14 Tagen mit 126,340 Krankentagen, 6532 Unfälle mit Erwerbsunfähigkeit von 15 bis 28 Tagen mit 135,706 Krankentagen und 5681 Unfälle mit Erwerbsunfähigkeit von mehr als 28 Tagen mit 287,813 Krankentagen, zusammen 549,859 Krankentage; auf's Jahr berechnet, ergibt dies 85,056 Unfälle mit 1,649,577 Krankentagen. Seht man die Gesamtzahl der Unfälle und tödtlichen Ausgänge und mit folgender dauernder Erwerbsunfähigkeit der Gesamttheit der Unfälle mit folgender Erwerbsunfähigkeit gegenüber, so entfallen auf jene schweren Fälle 4,3 pSt., auf die leichteren 95,7 pSt. aller Unfälle. Zu einer Aussonderung der Fälle mit folgender Erwerbsunfähigkeit von über 4 bis zu 13 Wochen ist das Material nicht geeignet; da die Erhebungsperiode sich nur auf 4 Monate beschränkte, konnte eine Frage hierauf nicht gerichtet werden, weil dadurch der Schätzung ein zu weiter Spielraum eröffnet worden wäre. Deutlich die Hälfte aller Todesfälle und Unfälle überhaupt entfällt auf den Bergbau, das Hütten- und Salinenwesen, während die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter nicht den vierten Theil der gesammten Arbeiter erreicht, auf welche die Erhebungen sich beziehen. Wir haben dort bei 450,449 Arbeitern 307 Unfälle mit tödtlichem Ausgang, 182 mit dauernder, 12,809 mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit, zusammen 13,298 Unfälle, moegen die Textilindustrie, welche das nächstgrößte Arbeitercontingent stellt, bei 384,278 Arbeitern nur 29 Unfälle mit tödtlichem Ausgang, 50 mit dauernder, 1376 mit vorübergehender Arbeitsunfähigkeit, also im Ganzen 1455 Unfälle aufweist; in jenem haben wir 29,5 Unfälle auf je 1000 Arbeiter, in diesem nur 3,8 auf je 1000. Wie der Regierungskommissar hinzusetzte, werden die Zahlen binnen Kurzem veröffentlicht werden, und man wird die Verhältnisse nicht nur für das Reich, sondern auch für die einzelnen Bundesstaaten, nicht nur für die Industrie- und Bergbau, sondern auch für die Industrie-Ordnungen und -Klassen einsehen können; es wird ein Einblick in die Altersverhältnisse der Arbeiter gewährt werden, und da auch in Betreff der Versicherung der einzelnen Betriebe gegen Unfälle eingehende Erhebungen stattgefunden haben, werden auch nach dieser Richtung hin weitere Mittheilungen erfolgen.

— Am 20. d. M. findet in Bunzlau die Ersatzwahl zum Reichstag an Stelle des Herrn Dr. Falk statt. Von nationalliberaler Seite ist Herr Dr. Engel, Direktor des statistischen Amtes, als Kandidat aufgestellt. Kandidat der Konservativen ist Minister Dr. Lucius. Die Fortschrittspartei hat einen besonderen Kandidaten in der Person des Fabrikbesizers Richter-Mühlradlitz aufgestellt.

— Aus Koburg, 8. März, schreibt man der „Voss. Ztg.“: Ein Mitglied des hiesigen liberalen Wahlkomites empfing

kürzlich von unserem Reichstagsabgeordneten Professor Romm

sen folgende interessante Zuschrift: „Im Begriff abzureisen, möchte ich Ihnen doch vorher ein Wort zukommen lassen, damit Sie und Ihre Freunde nicht irre an mir werden. Die Pflichten gegen das große Werk, dessen Leitung ich nun seit 30 Jahren führe, und mit dem ich in diesem abzuschließen hoffe, zwingt mich, auf einige Monate nach Italien zu gehen. Es würde mir nicht erwünscht sein, in meinen Arbeiten dort durch den Reichstag unterbrochen zu werden; aber wenn es zu einer Frühjahrsession kommt und insbesondere das Tabaksmonopol vorgelegt wird, so werde ich unter keinen Umständen fehlen. Unter allen den Projekten, welche die Zukunft unserer Nation in einer verderblichen Richtung zu bestimmen drohen, halte ich dies für das gefährlichste. Die Hoffnungen, die jetzt sich nicht erfüllen, können später verwirklicht, die verkehrten Schritte, die jetzt gemacht werden, meistens wieder zurückgethan werden; wir verlieren sehr viel an Zeit, an Muth und an Freude durch die anderen gethanen und vorbereiteten Maßregeln; aber dies, einmal geschehen, ist nicht wieder ungeschehen zu machen, und wer da auch nur als Einzelnr mit seiner Stimme dagegen eintreten kann, der muß dies thun und ich werde es thun. — Vielleicht begegnen wir uns in einer Zeit, wo die Wolken sich etwas mehr verzogen haben, und man nicht ungern auf vergangene Tage zurückblickt. Ganz der Ihrige. Romm sen.“

— Die Gegend von Vierraden im Kr. Angermünde ist bekanntlich ein Hauptstück der Tabakskultur in der Provinz Brandenburg. Durch das Monopol werden dort wie im benachbarten Kreise Prenzlau Tausende von Staatsbürgern in ihrem Erwerbe bedroht. Es ist daher begreiflich, daß der Bürgerverein zu Vierraden in seiner Sitzung vom 6. März folgende Resolution einstimmig angenommen hat:

Die seit ca. 100 Jahren den Tabakmafenbau treibenden Tabakspflanzer von Vierraden und Blumenhagen erblicken in der Einführung des Tabaksmonopols ihren unausbleiblichen wirtschaftlichen Ruin, und beschließen, mit allen gesetzlichen Mitteln gegen Einführung des Monopols zu agitiren; auch halten dieselben eine weitere Erhöhung der Steuer für den inländischen Tabak in gleichem Maße schädlich.

— Bei der Berathung des Justizetats ist neben anderen interessanten Fragen auch die Entschädigung unschuldig verurtheilter Personen zur Besprechung gekommen. Der Justizminister verhielt sich ablehnend gegenüber den in Bezug hierauf laut gewordenen Forderungen. Er begründete seine Haltung mit dem Hinweis darauf, daß es eine Reihe von Exemtionen gäbe, welche leicht dazu kommen könnten, mit Zuhilfenahme von zugänglichen Zeugen aus der Herbeiführung von Verurtheilungen, die sich später als ungerecht erweisen und eine Entschädigung zur Folge haben, ein Gewerbe zu machen. Die Möglichkeit solcher unlauteren Spekulationen auf den Säckel des Staates, schreibt die „Magd. Ztg.“, wird man ohne Weiteres zugeben müssen; indessen kann dieser Umstand zu einer erfolgreichen Bekämpfung des Prinzipes, um welches es sich hier handelt, wohl kaum herangezogen werden. Der vom Justizminister betonten Möglichkeit stehen Thatsachen gegenüber. Es sind Fälle vorhanden, in denen ungerechte Verurtheilungen zweifellos und evident nachgewiesen sind. Wenn nun auch jene Möglichkeit zuzugeben ist, so kann dadurch das Unrecht, welches einem Unschuldigen im Namen des Staates von den Organen desselben zugefügt wurde, nun und nimmermehr gerechtfertigt und die Entschädigungspflicht des Staates beseitigt werden. Mag man mit Vorbehalt zu Werke gehen, um den Staat nicht zu schädigen. Die geeigneten Bestimmungen zu treffen, dürfte sehr leicht sein. Beispielsweise könnte man die Entschädigungspflicht von einem gerichtlichen Verfahren abhängig machen, in welchem der konkrete Fall nochmals eingehend zu prüfen und auf Grund der zu veranlassenden Ermittlungen endgültig über die Entschädigung zu entscheiden wäre. Ferner könnte man die Zulässigkeit eines solchen Verfahrens an ganz bestimmte Voraussetzungen knüpfen. Der Staat mag sich schützen auf jede Weise, welche in den Verhältnissen und den zu nehmenden Rücksichten Begründung findet, im Prinzip aber wird er seine Entschädigungspflicht

über kurz oder lang anerkennen müssen. Die Frage, um welche es sich handelt, ist eine derjenigen, welche sich, wenn sie einmal angeregt und in Fluß gekommen sind, trotz aller Hindernisse um ihrer Gerechtigkeit willen schließlich zur Anerkennung durchringen.

— Vor Kurzem wurde gemeldet, daß als Nachfolger des Herrn v. Pilgrim als Landdrost zu Hildesheim ein Polizeipräsident in den östlichen Provinzen bestimmt werden dürfte. In Bestätigung damit verlautet jetzt, daß Graf Hue de Grais, Polizeipräsident von Stettin, der früher schon Amtshauptmann in Hildesheim war, den dortigen Posten eines Landdrosten erhalten würde.

— Offiziös wird geschrieben: In dem Entwurf einer Verordnung, betreffend die Verwendung giftiger Farben u. s. w. (i. Nr. 173) wurden in § 1 von den giftigen Farben angenommen Schwerpath, reines Chromoxyd und Zinnober. Die dem Entwurf beigefügte Denkschrift bemerkt dazu, daß diese Farbstoffe in den Körperflüssigkeiten nicht löslich, mithin ungefährlich sind. § 3 nimmt von den zur Bemalung von Spielwaaren verbotenen Farben Zinkweiß und Chromgelb in Firnis oder Oelfarbe aus, da diese Art der Verwendung den beiden Farben den Charakter der Giftigkeit so gut wie vollständig benimmt. Laut § 4 sollen Tapeten und Bekleidungsgegenstände nur dann beanstandet werden, wenn dieselben mit arsenhaltigen Farben gefärbt sind. Nur von diesen Farben ist hier eine wirkliche Gefährdung der Gesundheit zu erwarten. Die Tapetenfabrikation würde so gut wie lahm gelegt werden, wenn man die zahlreichen sonstigen giftigen Wandfarben ausschließen wollte, welche, am der Tapete verwendet, indifferent erscheinen. Auch die bei der Herstellung von Bekleidungsgegenständen benutzten sonstigen giftigen Farben sind, in Beizen, im Druck oder in der Färberei erzeugt, sanitär als bedeutungslos anzusehen. Bei Abwägung der verschiedenen Interessen und Bedürfnisse, namentlich auch der unbemittelten Bevölkerung, welche vorwiegend anilinfarbte und gedruckte Kleidungsstücke verbraucht, dürfte die im Entwurfe vorgeschlagene Beschränkung des Verbots auf die mit Arsenit dargestellten Kupferfarben, also auf schweinfurter und scheelles Grün, alles wesentlich in Beziehung auf die wirklich schädlichen Bekleidungsgegenstände, namentlich auch die leichten Ballkleider, die künstlichen Blätter und Blumen, ausreichend treffen. Was der Termin des 1. Januar 1883 für die Inkraftsetzung der Verordnung betrifft, so ist dabei auf das Interesse der beteiligten Industrie- und Handelszweige die wünschenswerthe Rücksicht genommen worden.

Frankreich.

Paris, 8. März. [Aufhebung des Konkordats.] Die Deputirtenkammer hat gestern einen wichtigen Beschluß gefaßt, sie beschloß mit 343 gegen 139 Stimmen, den Antrag Boyssset in Betracht ziehen zu wollen, und ernannte einen Ausschuß von 22 Mitgliedern, welche den Antrag prüfen sollen. Es handelt sich um die Aufhebung des Konkordats, und wie aus den gestrigen Verhandlungen erhellt, schreut die Mehrheit nicht vor den daraus entstehenden Folgen zurück, ja selbst die Regierung zeigt sich, obgleich sie gegen augenblickliche Kündigung des Vertrags ist, nicht abgeneigt, in Verhandlungen mit der Kurie einzutreten. Das Konkordat ist von Seiten der Kirche gebrochen, seit der Papst den Syllabus verkündigte und das Konzil die Unfehlbarkeit des Papstes beschloß. Präsident Brisson wies die Unterbrechung Boyssset's von Seiten der Rechten mit der schlagenden Bemerkung zurück: „Nedner ist vollkommen bei der Frage, indem er darthut, daß der Papst durch Veröffentlichung des Syllabus die Initiative zur Auffündigung des Konkordats ergriffen hat.“ Boyssset fügte hinzu, das Konkordat sei durch die zwei Thatfachen der Veröffentlichung des Syllabus und der Unfehlbarkeit zertrissen und habe in der Praxis keine andere Ausführung mehr, als die Auszahlung der Gehälter an die Geistlichkeit. Zu einer eingehenden Verhandlung wird demnach der Bericht des Ausschusses Gelegenheit geben. Die Geistlichkeit oder vielmehr die schneidigen Bischöfe und Kapläne von der Sorte des Bischofs Freppel, der gestern die Arme über dem Kopfe zusammenstieß und bereits 45,000 Priester ohne Obdach sah, ernten jetzt, was sie im Uebermuth oder aus

Im Unglück stark.

Roman nach dem Englischen frei bearbeitet von G. Sternau.

(Nachdruck verboten.)

(44. Fortsetzung.)

„Sie sie sich zur Ruhe begab, schrieb die alte Dame noch an ihren Sohn, der sich in London befand, denn die Ferientage in Hernley Hall waren längst vorüber und seine Berufstätigkeit nahm ihn so in Anspruch, daß er kaum Zeit fand, selbst an Flora Andison zu denken.“

Wie dem aber auch sein mochte, ob die Sehnsucht nach seiner Mutter oder sonst noch andere Beweggründe ihn trieben, der erste Bahnzug, welcher zwei Tage nach Abgang des Briefes in Clingsford anlangte, brachte auch Valentin Merriod ohne jegliches Gepäck mit. Er nahm sogleich einen geschlossenen Wagen und fuhr, so rasch die Pferde laufen konnten, direkt nach Weddercombe. Seine Mutter eilte ihm entgegen, ihn in ihre Arme zu schließen und ihm gleichzeitig ihre Freude über die Ueberraschung, und ihr Bedauern, daß er sie nicht vorher von seinem Kommen benachrichtigt habe, auszusprechen.

„Es ist nur ein Besuch im Fluge, Mutter, ich habe nur wenige Minuten Zeit, das heißt nicht viele, heute Abend muß ich wieder in London sein. Wie geht es ihr? Was hat sie noch gesagt? Was weiß sie noch?“

„Aber, lieber Valentin, laß mir doch Zeit, mich zu befinden,“ sagte die erstaunte Mutter, sie weiß Alles.“

„Wann erfuhr sie es?“

„Gestern Abend. Sie erinnert sich an Alles.“

„An Alles? Und das Resultat? Glaubt sie, daß es durch meine Einmischung herbeigeführt wurde? Daß Sie mich noch?“

„Sie hat nicht mehr von Dir gesprochen.“

„D, das ist ein schlimmes Zeichen.“

„Sie ist sehr nachdenklich gewesen, sie sagt, sie habe sich in Alles ergeben; aber es war wieder ein furchtbarer Schlag für sie.“

„Ihr werdet sie noch tödten!“ schrie Valentin. „Ich wollte, ich wäre hier geblieben, um es ihr selbst zu sagen, ich wünschte,

daß ich —. Wenn sie stirbt, werde ich keinen frohen Augenblick mehr haben, denn beim Himmel, ich wäre dann ihr Mörder!“

„Aber lieber Sohn, wozu diese unnötige Aufregung!“ rief die Mutter, erschreckt von seiner Heftigkeit.

„Du hast Recht,“ erwiderte er, „ich bin schon ruhiger. Aber das Schicksal dieses armen Weibes, das so schwer geprüft, so elend und nichtswürdig verfolgt worden ist, lastet auf meinem Gemüth und ich bin verantwortlich für Alles, was geschehen mag.“

„Sie kann ja genesen.“

„Kann genesen!“ schrie Valentin. „Gerechter Gott! Also ist es schlimmer mit ihr geworden? Du hast Alles durch Deine Hast verdorben. Ich ahnte, daß etwas nicht richtig sei, als ich heute kam.“

In höchster Erregung schritt er im Zimmer auf und ab, während seine Mutter ihn in stummem Staunen betrachtete. Plötzlich blieb er vor ihr stehen.

„Ich sage Dir, diese Helene Barlay habe ich auf dem Gewissen, Mutter,“ sagte er. „Ich war überweise, überrechtlich, und deshalb vernichtete ich sie. Ich —. Wann erwartest Du den Doktor?“

„Er ist eben bei ihr.“

„Das freut mich.“

Er setzte sich und wartete auf den Arzt, die Augen auf den Teppich geheftet und die Hände frampfhaft öffnend und schließend.

Als Dr. Dimsford in das Zimmer trat, sprang er so plötzlich auf, daß der Arzt erschrocken ein paar Schritte zurückwich.

„Wie geht es ihr? Was halten Sie von ihrem Zustande?“

„Ah, Mr. Merriod, der Herr, den ich das Vergnügen hatte, in Hernley Hall kennen zu lernen! Ich hoffe, Sie befinden sich wohl? Wenn Sie nach Hernley wollen, so kann ich —“

„Es ist gleichgültig, wohin ich gehe,“ sagte Valentin barsch, „sagen Sie mir, wie es Ihrer Patientin geht.“

„Ich bedaure, daß sie sich heute nicht so wohl befindet. Sie ist bei vollem Bewußtsein, vollkommen verständlich und erinnert sich an Alles, aber die Nervigkeit ist für sie zu erschütternd gewesen.“

„Das ist Dein Verschulden, Mutter!“ schrie der undankbare Sohn.

„Aber was blieb mir übrig?“ rief Mrs. Merriod händelnd. „Sie würde vor Angst gestorben sein, wenn —“

„Doktor Dimsford, wird sie genesen?“ fragte Valentin, sich zu dem Arzte wendend. „Sie können offen mit uns reden, wir sind nicht mit ihr verwandt, noch so befreundet, daß wir die Wahrheit nicht ertragen könnten.“

„Die Krankheit ist überwunden. Ob sie aber nicht der Erschöpfung erliegen wird, die derselben gefolgt, das ist eine andere Frage.“

„Aber Sie denken —“

„Daß sie erliegen wird.“

Es folgte eine Pause. Mrs. Merriod erhob verzweiflungsvoll die Hände und dann verbarg sie ihr Gesicht in denselben. Valentin sah den Doktor fest und durchdringend an.

„Sie kennen die ganze Geschichte?“ fragte er.

„Ja.“

„Und von meinem Antheil an derselben wissen Sie auch?“

„Ja.“

„Würde es sie sehr aufregen, wenn sie mich sähe?“

„Mein lieber Herr, ich —“

„Ich werde sehr ruhig sein, ich will ihr nur einige wenige Worte sagen und sie in keiner Weise betrüben,“ bat Valentin.

„Sie können sich auf meine Vorsicht verlassen.“

„Wenn sie nichts dagegen einwendet, ich —“

„Mutter, willst Du sie fragen?“

Mrs. Merriod sah ihren Sohn betroffen an, dann verließ sie das Zimmer und begab sich zu Helene.

„Wie lange sind Sie ausgeblieben,“ murmelte die Kranke, als Mrs. Merriod sich ihren Bette näherte.

„Ist Ihnen die Zeit lang geworden?“ fragte die alte Dame. „Ich habe mit meinem Sohn geplaudert, der unten ist.“

„Ist er da?“ sagte Helene.

„Er wird sofort wieder nach London abreisen,“ erwiderte die Andere. „Er möchte Sie gern einen Augenblick sehen, wenn es Ihnen recht ist und es Sie nicht aufregen wird. Wenn Sie glauben, daß —“

